



Auskunft erteilt:	Frau Conradi	Amt/EB:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten
Tel.:	0261 129 1533	e-mail:	carola.conradi@stadt.koblenz.de
Koblenz,	13.05.2024		

Niederschrift

über die Sitzung der Klimaschutzkommission vom 11.04.2024

Stadtvorstand/ Vorsitzende

Herr Oberbürgermeister David Langner
Frau Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
Herr Ingo Schneider

Ständige Expert:innen der Kommission

Frau Renate Michel (Regionalreferentin der Energieagentur), Herr Prof. Dr. Henning Pätzold (Universität Koblenz, Fachbereich Bildungswissenschaften)

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Egbert Bialk, Herr Dr. Ulrich Kleemann,
Frau Alexandra Kaatz, Frau Dr. Tabea Stötter

Ratsfraktion SPD

Herr Thomas Kirsch, Herr Manfred Bastian

Ratsfraktion CDU

Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling, Herr Philip Rünz

Ratsfraktion FW

Frau Edina Strikovic

Ratsfraktion WGS

Herr Rüdiger Neitzel, Herr Manfred Diehl

Nicht anwesend sind:

Herr Bert Flöck, Herr Prof. Dr. Frank Hergert (Hochschule Koblenz, Fachbereich Ingenieurwesen), Herr Prof. Jo Ruoff (Hochschule Koblenz, Fachbereich für Bau-Physik, Klimagerechte Architektur und Entwerfen), Frau Ute Wierschem (SPD), Herr Vito Contento (Beirat für Migration und Integration), Frau Katharina Kubitzka (Behindertenbeauftragte), Frau Patricia Pederzani (Queerbeauftragte)

Ratsfraktion FDP

Herr David Hennchen

Ratsfraktion AFD

Frau Katrin Vogel

Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI

Herr Nils Kiessling

Seniorenbeirat

Herr Prof. Dr. Heinz-Günther Borck

Jugendrat

Herr Jan Bredlau, Herr Paul Weber

Verwaltung

Frau Dagmar Körner (Klimaschutzbeauftragte), Herr Perry-Metten Golly (Büro des Oberbürgermeisters)

Schriftführerin

Frau Carola Conradi

Zuhörende: 4

Vertreten sind:

Herr Detlef Pilger (SPD) vertreten durch Herrn Toni Bündgen (SPD), Herr Arthur Welz (CDU) vertreten durch Herrn Rudolf Kalenberg (CDU)

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:00 Uhr

Herr Oberbürgermeister Langner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Klimaschutzkommission 2020 bis 2023 – Bilanz und Ausblick
Vorlage: UV/0072/2024

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Klimaschutzkommission 2020 bis 2023 – Bilanz und Ausblick Vorlage: UV/0072/2024

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Die Klimaschutzkommission nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

Protokoll:

Die Klimaschutzbeauftragte Dagmar Körner hält eine Präsentation und geht hierbei insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Bilanz der Arbeit der Klimaschutzkommission von 2020 bis 2023 (TOP 1)
- Thematische Schwerpunktsetzung beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung (TOP 2)
- Bilanz des Workshops der Klimaschutzkommission vom 30.11.2023 (TOP 3)

Zu TOP 1 „Bilanz der Arbeit der Klimaschutzkommission von 2020 bis 2023“ werden seitens der Kommissionsmitglieder folgende Punkte aufgegriffen:

Im Nachgang zu der Sitzung wird Seniorenbeirat Prof. Dr. Borck der Kommission zum Thema „Teilhabe am öffentlichen Leben durch alternative Bedienungsformen“ einen Erfahrungsbericht aus Berlin zur Information zur Verfügung stellen. Herr Oberbürgermeister Langner führt aus, dass mit

der koveb weiterhin ein Austausch zu dem Thema erfolgt. Geprüft werden sollen individuellere Gestaltungsmöglichkeiten bei der Beförderung unter Berücksichtigung moderner Techniken (On-Demand-Verkehr).

Zum Thema „Entwicklung der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum“ merkt Oberbürgermeister Langner an, dass die Gebührenfreiheit bzgl. E-Ladesäulen im öffentlichen Raum verlängert wird. Der Ladesäulenausbau stockt derzeit aufgrund von Lieferschwierigkeiten.

Zum Thema „Fördermöglichkeiten im Bereich der Mobilität“ wird aus den Reihen der Kommission ergänzt, dass im Rahmen der bevorstehenden BUGA das Förderprogramm Mobilitätskonzept über die Kommunalrichtlinie umgesetzt wird. Koblenz ist hierbei auch involviert.

Bezüglich der „Anlage neuer Baumscheiben in Tempo 30-Zonen“ wird von Frau Körner erläutert, dass die Schaffung neuer Baumstandorte an vielen Stellen aufgrund der unterirdisch verlaufenden Leitungen nicht möglich ist. Eine Auskunft zu Alternativen ist aktuell nicht möglich, der Prüfbericht zu der Thematik steht noch aus.

Seit 2019 sind im Koblenzer Stadtwald 215.000 Baumpflanzungen erfolgt, im Innenstadtbereich liegt die Zahl bei 392. Es handelt sich hierbei um neu geschaffene Baumstandorte.

Aus den Reihen der Kommission wird angemerkt, dass die Umsetzung einer Begrünung von Gebäuden stärker verfolgt werden soll. Hierzu wird ein Beispielbild einer Fassadenbegrünung am Musée du Quai Branly in Paris gezeigt.

Dasselbe Kommissionsmitglied regt an, die Fortschritte beim Klimaschutz anhand von Kennwerten zu überprüfen. Die von dem Mitglied vorgeschlagenen Kennwerte werden in der Sitzung präsentiert. In Bezug auf das Thema „Überprüfung der Fortschritte beim Klimaschutz in Koblenz“ verweist Frau Körner zu diesem Punkt auf die Stellungnahme der Verwaltung zu einem gleichlautenden Antrag im Stadtrat aus dem Jahr 2023 (siehe Anlage).

Zu dem vorgeschlagenen Kennwert „Anzahl geplante/gebauter Windkraftanlagen“ wird erläutert, dass die Firma Prokon Interesse am Bau zweier Anlagen in Rübenach hat. Weitere Windkraftanlagen sind in Koblenz schwer zu realisieren, da es viele Ausschlussflächen aufgrund des Welterbestatus gibt bzw. aufgrund der notwendigen Abstände zu bspw. Siedlungsflächen, Flughafen, Leitungstrassen. Andere grundsätzlich geeignete Flächen sind zu klein.

Von Seiten der Kommission wird die Frage gestellt, inwiefern bei der Ausrichtung der zukünftigen Energieversorgung und des Nahverkehrs überregional gedacht wird. Oberbürgermeister Langner führt aus, dass mit Blick auf die Windenergie und die gesetzlichen Rahmenbedingungen derzeit lediglich die zwei Bereiche im Stadtteil Rübenach und Flächen auf der rechten Rheinseite in Frage kommen. Der Stadtrat hat sich gegen die Ausweisung einer Vorrangfläche in Rübenach entschieden und für die rechte Rheinseite gibt es bisher keine Anfragen potentieller Investoren. Daher muss die Thematik gemeinsam mit der Region weiterverfolgt werden. Bereits laufende Projekte in anderen Gebietskörperschaften werden berücksichtigt. Die Planungen für die Zukunft werden gemeinsam mit der evm AG verfolgt.

Ein Mitglied der Kommission ergänzt hierzu, dass sich der Stadtrat gegen die Ausweisung einer Vorrangfläche in Rübenach aufgrund der geringen Flächengrößen sowie juristischer Bedenken entschieden hat. Die Privilegierung zur Errichtung einer Windkraftanlage greift aber nach wie vor, so dass ein Antrag auf Genehmigung bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord gestellt werden kann.

Zum Thema ÖPNV erläutert Oberbürgermeister Langner, dass die Gestaltung des ÖPNV in der Entscheidungsbefugnis der einzelnen Kreise und Städte liegt. Die Stadt Koblenz kann gegenüber

anderen Kreisen keine Forderungen stellen. Die Beseitigung des Stadt-Land-Gefälles, ebenso wie die Finanzierung des ÖPNV, werden auch zukünftig eine große Herausforderung bleiben.

Auf der Grundlage der bisherigen Arbeitsweise der Kommission spricht sich ein Kommissionmitglied dafür aus, dass das Gremium zukünftig an Handlungsfeldern orientiert arbeitet mit dem Ziel, nicht nur Anregungen zu geben, sondern vielmehr konkrete Maßnahmen zu entwickeln, die nachweislich CO₂ Einsparungen bringen. Als wichtig wird erachtet, dass die einzelnen Maßnahmen nicht losgelöst voneinander stehen sondern in eine Gesamtstrategie eingebettet werden.

Ein weiteres Mitglied der Kommission führt aus, dass die Kommission den Auftrag hat, die Politik zu beraten. Die aktuelle Kommission setze sich aber überwiegend aus Vertretern der Fraktionen zusammen. Dies wird als sehr kritisch betrachtet, da es hierdurch zu einer Selbstberatung kommt. Aus diesem Grund schlägt das Kommissionsmitglied vor, dass die Kommission in Zukunft schwerpunktmäßig mit Personen besetzt werden sollte, die nicht gleichzeitig in der Politik tätig sind, wie z.B. externe Fachleute, Vertreter:innen von Umweltverbänden und Klimainitiativen sowie Bürger:innen.

Zu TOP 2 „Thematische Schwerpunktsetzung beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung“ und TOP 3 „Bilanz des Workshops der Klimaschutzkommission vom 30.11.2023“ werden seitens der Kommissionsmitglieder folgende Punkte aufgegriffen:

Im Rahmen einer Diskussion der Mitglieder der Klimaschutzkommission wird sich darauf verständigt, auf der Grundlage der Erfahrungswerte aus den letzten vier Jahren, dem zukünftigen Stadtrat einen konkreten Vorschlag über die künftige Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission zu unterbreiten.

In Bezug auf eine Neustrukturierung der Kommission wird das Modell des Gestaltungsbeirates erläutert. Dieser setzt sich aus Expert:innen zusammen sowie Vertreter:innen der Fraktionen. Letztere sind als Zuhörende eingeladen. Sie haben zwar kein Stimmrecht, es wird hierüber jedoch eine Anbindung an die Fraktionen und eine Rückkopplung der Themen in die parlamentarische Arbeit erreicht. Im Rahmen dieses Modells erhalten die Fachexpert:innen stärkere Kompetenzen.

Prof. Dr. Pätzold fasst die zusammengetragenen Vorschläge aus den Reihen der Kommission abschließend zusammen:

- Die ermittelten Zielkonflikte (arbeitsfähige Kommission – umfangreiche Partizipation, weniger Politik – Einbindung aller Fraktionen, viele prioritäre Themen – Schwerpunktsetzung, hohe Transparenz – vorhandene Kapazitäten) sind typisch für solche Vorhaben, müssen aber berücksichtigt werden, wenn erneut eine Klimaschutzkommission eingerichtet wird. Deshalb werden folgende Punkte empfohlen:
 - In Bezug auf die Größe einer Klimaschutzkommission soll jede Fraktion eine/n Vertreter/in entsenden (ohne Berücksichtigung der Proporzregelung). Die Kommission soll für externe Akteure, die jedoch keine regulären Mitglieder der Kommission sind, geöffnet werden (z.B. NGO's, Wirtschaft). Diese sollen zu speziellen Themen unter Berücksichtigung ihrer Fachlichkeit gezielt eingeladen werden. Eine sinnvolle Größe der Kommission wird bei ca. 12 Teilnehmenden gesehen, dies wird jedoch auch davon abhängig sein, wie viele Fraktionen nach der Kommunalwahl im Stadtrat vertreten sein werden.

- Eine Klimaschutzkommission soll sich eigenständig, in Absprache mit der Verwaltung, Schwerpunktthemen setzen.
- Je nach Thema sollen Personen aus der Verwaltung gezielt eingeladen werden, um von Anfang an eine Einschätzung über die Praktikabilität von Vorschlägen geben zu können.

Aus den Reihen der Kommission gibt es keine Einwände zu der Zusammenfassung von Prof. Dr. Pätzold.



David Langner
Oberbürgermeister



Carola Conradi
Schriftführerin



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0050/2023

Vorlage: ST/0055/2023		Datum: 16.05.2023	
Dezernat 1			
Verfasser:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten	Az.: 01.40/Kö	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der WGS-Fraktion zu Überprüfung der Fortschritte beim Klimaschutz in Koblenz			
Gremienweg:			
25.05.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verworfen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
	öffentlich	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen

Stellungnahme:

Eine ausführliche Darstellung und Interpretation der CO₂-Emissionen, aufgeteilt auf die Verbrauchsgruppen (private Haushalte, Verkehr, Industrie, Gewerbe, kommunale Liegenschaften) und bezogen auf verbrauchsgruppenspezifische Kennwerte erfolgt in den jährlichen Sachstandsberichten zum Klimaschutzkonzept. Dieser wird im Umweltausschuss, im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtrat vorgestellt und diskutiert.

Darüber hinaus wird im Sachstandsbericht der Fortschritt der Maßnahmenumsetzung – soweit möglich - anhand von Kennzahlen dargestellt. Insgesamt werden bereits für 30 Maßnahmen Kennzahlen erhoben. Soweit sinnvoll werden auch Sollwerte festgelegt.

Zu den einzelnen Punkten des Antrags:

1. Windkraftanlagen (WKA) in Koblenz

a. wie viele WKAs sind geplant?

b. wie viele WKAs sind installiert?

Antwort: Die Kennzahlen zu a und b können in den Sachstandsbericht integriert werden

2. Wie viele m² für Photovoltaik (PV) - Anlagen eingerichtet

a. auf städtischen Dächern?

Antwort zu a: Diese Kennzahl wird bereits seit dem Sachstandsbericht 2020 erfasst

b. auf privaten Dächern?

c. auf landwirtschaftlichen Flächen?

Antwort zu b und c: Der Ausbaustand mit Photovoltaik wird ab dem Sachstandsbericht 2022 anhand der Daten aus dem Marktstammdatenregister erfasst. Inwieweit eine Aufteilung auf Private Haushalte, Gewerbe, Industrie, städtische Liegenschaften und Landwirtschaft auf der Grundlage der öffentlich zugänglichen Daten möglich ist und mit einem vertretbaren Zeitaufwand regelmäßig ausgewertet werden kann, muss noch geprüft werden.

3. Wie viele m² Fassaden sind begrünt

a. an städtischen Gebäuden?

Antwort: Die Anzahl der begrünteren städtischen Liegenschaften wird bereits seit dem Sachstandsbericht 2020 erfasst

b. an privaten Gebäuden?

Antwort: da die Begrünung einer Fassade an privaten Gebäuden nicht anzeigepflichtig ist können

hier keine aussagekräftigen Kennwerte erhoben werden.

4. Wie viele E-Ladesäulen

- a. sind geplant?
- b. sind errichtet?

Antwort: Der Ausbaustand mit E-Ladesäulen im öffentlichen Bereich wird ab dem Sachstandsbericht 2022 erfasst.

5. Wie viele Bäume wurden neu gepflanzt?

Antwort: Diese Kennzahl wird bereits seit dem Sachstandsbericht 2020 erfasst

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und sieht die mit dem Antrag verfolgte Zielsetzung als erfüllt an.